

14.05

Bundesrat Ing. Eduard Köck (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Bundesrat! Warum braucht es solche Gesetze? – Nun, vor allem im letzten Jahr – auch ein bisschen in den Jahren davor – sind wir zum Traumland für Flüchtlinge geworden.

Nichts zeigt dies besser als die Situation in Idomeni in Griechenland. Dort verweilen Migranten in einem Lager, in dem es schlechte Ausstattung, schlechte Infrastruktur, schlechte Unterkünfte gibt, obwohl es nicht weit davon entfernt Lager mit guter Infrastruktur, mit guten Unterkünften gibt.

Sie kämpfen mit Polizisten, sie wollen Zäune niederreißen, weil sie nicht genau dort hinkommen, wo sie hinwollen. Wahrscheinlich haben sie schon Geld dafür ausgegeben. Da geht es nicht mehr nur um Hilfe für Schutzbedürftige, für Flüchtlinge, sondern da geht es um Wanderung. Nichts zeigt dies deutlicher als dieses eine Lager.

Wie geht Europa damit um? – Ein paar Eindrücke aus der letzten Sitzung des Europarates: Sehr viele Länder wollen mit diesen Flüchtlingen nichts zu tun haben. England rühmt sich damit, dass es beschlossen hat, in den nächsten drei Jahren insgesamt 20 000 Flüchtlinge aufzunehmen.

Es ist ein Bericht formuliert worden, in dem Österreich schlecht dargestellt wurde, nämlich als Verursacher dieser schlechten Situation in diesen Lagern in Griechenland und in der Türkei, weil wir die Balkanroute geschlossen haben. Da muss ich mich schon fragen: Was ist dann mit den anderen 20 Ländern, die da in diesen letzten Jahren, vor allem im letzten Jahr, überhaupt nicht geholfen haben? Sind die nicht die Schuldigen? Wir, die am allermeisten geholfen haben, sind laut diesem Bericht schuld an diesem Zustand.

Wir, die Vertreter der ÖVP haben uns gewehrt; leider waren die Vertreter der anderen Parteien nicht mehr anwesend oder haben sich nicht gewehrt. Und genau darum geht es: Wie wird Europa mit dieser Situation umgehen, und wie werden wir Europa zwingen, mit dieser Situation umzugehen?

Gestern haben wir im Fernsehen gesehen, dass der griechische Botschafter da war und gesagt hat, dass es eine richtige Maßnahme war, weil sie zur Verbesserung der Situation führt. Daran sehen wir, dass es oft nur um Kampfstimmung, um den Versuch, Arbeit, Belastung zu delegieren, an andere abzuwälzen, um selbst nichts tun zu müssen, geht. Deshalb müssen wir die richtigen und wichtigen Maßnahmen ergreifen.

Mir ist auch ein guter Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ untergekommen, nämlich von Frau Ayaan Hirsi Ali. Sie forscht an der Harvard University zu Fragen des Islams und des westlichen Freiheitsverständnisses. Sie zeichnet folgendes Bild über diese Zuwanderung – ich fasse zusammen –: Die Einwanderer kommen aus unfreien Gesellschaften. Deren Einstellung zu Religion, Gewalt, Sex, Geld und Zeit unterscheidet sich radikal von der der Europäer. Sie teilt sie in vier Gruppen ein, einen Teil, der integrationswillig ist und sich integriert, einen Teil der religiösen Fanatiker, einen Teil der Gewaltopfer und einen Teil der Desinteressierten, die sich ein Sozialnetz aussuchen und auch ihre Verwandten nachholen.

Sie hat auch eine Studie in den größten Aufnahmeländern durchgeführt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass 65 Prozent sagen, die Vorschriften ihrer Religion sind wichtiger als die Gesetze jener Länder, in denen sie aufgenommen werden. (*Ruf bei der FPÖ: Das ist ein Wahnsinn!*) Das beinhaltet auch ein gewisses Frauenbild, und da müssen wir uns schon die richtigen Gedanken machen. Und wenn es hier immer noch Gutmenschen gibt, die meinen, wir können hier alles offen stehen lassen und alle zu uns holen, dann frage ich gerade die Vertreter dieser Parteien, ob sie wirklich wollen, dass wir unsere Gesellschaft um 70, 80 oder 150 Jahre zurückentwickeln. Wir müssen hier ganz einfach restriktivere Maßnahmen umsetzen. (*Vizepräsident Gödl übernimmt den Vorsitz.*)

Zu welchem Ergebnis kommt sie? Was ist zu tun? – Dazu zählt sie auf: rasches Umdenken, Einwanderung begrenzen, eine neue Einteilung, nämlich nicht in Migranten oder Asylanten, sondern in Integrationswillige und solche, die sich nicht integrieren wollen, die ein anderes Weltbild haben, die ein anderes Frauenbild haben – die sollen dorthin gehen, wo sie das umsetzen können –, ein wirksames Abschiebeverfahren für Unwillige, bessere, wirksamere Strafverfolgung, Aufenthaltserlaubnis beschränken und in den Krisenherden intervenieren.

Genau darum geht es in diesen Gesetzentwürfen, die wir heute hier am Tisch haben und die, wie ich meine, sehr gut sind, um einerseits diese Ströme zu begrenzen und trotzdem jenen, die Hilfe brauchen, von österreichischer Seite Hilfe zu geben, und auf der anderen Seite aber auch den Druck dieser Zuwanderung auf ganz Europa zu verteilen, damit Europa endlich wach wird.

Manchen gehen die Gesetze wieder zu wenig weit, aber man muss schon ganz klar sagen: Wir bewegen uns hier am Rande des Machbaren, was die Europäische Menschenrechtskonvention zulässt. Diese haben wir 1958 ratifiziert und später sogar

zu einer Verfassungsbestimmung erklärt. Wenn wir nicht nach dieser Menschenrechtskonvention handeln, könnten wir verklagt werden.

Darum sind diese Regelungen jene, die machbar sind, die jetzt gut sind, und es geht darum, dass sie auch ordentlich umgesetzt werden. Da habe ich größtes Vertrauen in unseren Innenminister und auch in die Regierung, wie sie jetzt handelt, dass das auch gut umgesetzt werden wird.

Aber wie gesagt, es geht vor allem auch darum, wie die EU handeln wird. Wird dieser Verteilungsmechanismus endlich greifen, der schon lange angekündigt worden ist? Wird es diese Strafzahlungen für Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen, geben? Das könnte auch einmal etwas in Bewegung bringen, denn eines muss uns klar sein: Viele sitzen auf gepackten Koffern, und wenn Europa nicht endlich klare Signale aussendet, dass wir keine Zuwanderung mehr vertragen, sondern nur mehr Hilfe für tatsächlich Hilfsbedürftige geben können, dann wird diese Zuwanderung in diesem Ausmaß, wie im letzten Jahr geschehen, nicht gestoppt werden.

Wir müssen mit unseren Maßnahmen, wie vorher schon gesagt, Druck verteilen. Die Westbalkan-Konferenz war eine sehr gute, richtige und wichtige Maßnahme, weil diese Route geschlossen worden ist. Natürlich gibt es andere Routen, da kommt Druck auf andere Länder zu, die sich natürlich – so wie zuvor Athen – wehren, weil sie nichts damit zu tun haben wollen. Letzten Endes sehen sie aber ein, wie eben auch beim Schließen der Balkanroute, dass es richtig ist. Wir werden von sehr vielen Ländern in Europa für diese Maßnahme gelobt. Es ist richtig, dass der Druck auf andere Länder erhöht wird, damit Europa endlich wach wird und gemeinsam handelt, denn nur so kann dieser Flüchtlingsstrom bewältigt werden.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Richard von Weizsäcker: Das Asylrecht gilt für jene, die uns brauchen, und das Zuwanderungsrecht für jene, die wir brauchen. – Zitatende.

Angesichts der komplexen und zunehmenden Flüchtlingsherausforderung ist es ein Gebot der Stunde, entlang dieses Grundsatzes vorzugehen. – Danke. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

14.13

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Dr. Dziedzic. – Bitte.